

---

## **12,63 Euro je Stunde wären Gift für die Tarifbindung und würden gerade kleine und mittlere Unternehmen überfordern**

25.05.18 | Berlin

## **12,63 Euro je Stunde wären Gift für die Tarifbindung und würden gerade kleine und mittlere Unternehmen überfordern**

UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck zur Diskussion um Vergabe-Mindestlohn in Berlin

### **Zur Diskussion um eine Erhöhung des Vergabe-Mindestlohns in Berlin erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):**

„Ein Vergabe-Mindestlohn in Berlin von 12,63 Euro je Stunde, wie ihn die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ins Spiel gebracht hat, wäre jenseits der Realität. Damit würde die Politik ein weiteres Mal die Tarifautonomie aushöhlen, zu deren Stärkung sie sonst stets aufruft. Ein rein aus politischen Gründen festgelegter, viel zu hoher Mindestlohn würde Tarifverträge verdrängen und wäre Gift für die Tarifbindung. Das eigentliche Ziel der Vergabe, das wirtschaftlichste Angebot zu berücksichtigen, tritt damit immer mehr in den Hintergrund.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen dürften oft nicht in der Lage sein, ihren Beschäftigten einen derart hohen Stundenlohn zu bezahlen. Dabei sind gerade sie auf öffentliche Aufträge angewiesen –

---

besonders Firmen aus den Bereichen Garten- und Landschaftsbau, Heizung, Klima und Sanitär oder aus dem Elektrohandwerk. Die Folge wäre, dass sich immer weniger Unternehmen um öffentliche Aufträge bewerben. Damit würden öffentliche Aufträge zeitlich verzögert oder gar nicht mehr ausgeführt. Zudem würde der Wettbewerb leiden, und für den Staat würden Aufträge teurer als nötig. Berlin ist noch immer hoch verschuldet und hat den Investitionsrückstau längst nicht aufgeholt. Ein Mindestlohn, der 43 Prozent über der bundesweiten gesetzlichen Lohnuntergrenze liegt, wäre auch haushalts- und finanzpolitisch völlig verantwortungslos.

Wir haben einen bundesweiten Mindestlohn, der voraussichtlich 2019 erneut angehoben wird. Davon abweichende Vergabe-Mindestlöhne auf Landesebene sind auch deshalb schädlich, weil sie bei der Kalkulation für zusätzlichen bürokratischen Aufwand in den Unternehmen sorgen.“

## Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)
  
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

---

**Ihre Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftspolitik**

---

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:

+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Weickert [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

---

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:  
+49 30 31005-117

Telefax:

---

---

+49 30 31005-240

E-Mail:  
Rhein [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

**Pressekontakt**

---

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:  
+49 30 31005-114

Telefax:

---

---

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)